



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

16. Mai 2017

G20: Ausnahmezustand? +++ »Perlen«-Politik +++ Wohnen & Gemeinnutz +++ Erbbaurecht +++ Stadtherz am Bahnhof

Liebe Leserinnen und Leser,



Taz-Salon: G 20 – Grundrechte über Bord?

Podiumsdiskussion im Rahmen des »taz-Salons«
**Dienstag, 16. Mai, 20.00 Uhr, Kulturhaus 73,
Schulterblatt 73**

Mit Innensenator Andy Grote (SPD), Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Michael »Dodger« Hirdes vom Chaos Computer Club sowie Christiane Schneider, der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion

mit schier unglaublichen Erklärungen versucht der Senat, den Protest gegen den bevorstehenden G20-Gipfel zu kriminalisieren und vor allem Angst zu schüren. Ganz vorne: Innensenator Andy Grote (SPD), der mal eben etwaige Protestierende und BlockiererInnen davor warnt, dass die Sicherheitskräfte der ausländischen Delegationen womöglich von der Schusswaffe Gebrauch machen.

Wir fragen einfach mal: Wo leben wir denn eigentlich? Eins ist jedenfalls sicher, des Bürgermeisters Traum, durch einen G20-Gipfel in der Welt noch bekannter zu werden und im internationalen Städte-Ranking, ein, zwei Sprossen emporzusteigen, erweist sich schon jetzt buchstäblich als Rohrkrepiere. Immer mehr BürgerInnen, auch große Teile der hiesigen Polizei, stellen sich die Frage: Was soll der Mist?

Ansonsten, wir geben es zu, sind wir noch etwas geplättet von den Ergebnissen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, dem letzten großen Stimmungsbarmeter vor der Bundestagswahl am 24. September.

Und die sehen ernüchternd aus: SPD und GRÜNE erleben dramatische Stimmenverluste, DIE LINKE scheidet knapp an der 5%-Hürde, CDU, FDP und AfD können reichlich

zulegen, eine Regierungsbildung von neoliberaler FDP und konservativer CDU zeichnet sich ab.

Trotz dieser Tristesse versuchen wir in Hamburg weiter, unseren Kurs für eine soziale und demokratische Wende in dieser Stadt fortzusetzen. Und da hat uns der SPD-Landesparteitag mit seinem am vergangenen Wochenende gefassten Beschluss »Bezahlbares Wohnen in Hamburg« einerseits ein gewisses Maß an Genugtuung bereitet, schließlich werden erstmals die von uns seit Langem geforderte Verlängerung der Belegungs- und Mietpreisbindungen und eine »zentrale Meldestelle für Leerstand« in Aussicht gestellt. Andererseits zeigt die SPD (bisher noch) keinerlei Einsehen in anderen wichtigen Bereichen der Wohnungspolitik, z.B. in die Tatsache, dass die sogenannte Mietpreisbremse faktisch wirkungslos ist. Und über das fromme Bekenntnis zur sozialen, integrierten Stadtteilentwicklung – das entsprechende Programm ist in den letzten Jahren in Hamburg nach und nach um mehrere Millionen gekürzt worden – kann mensch nur milde lächeln oder eben den Artikel von Joachim Bischoff in diesem BB lesen.

Herausgeberinnen und Redaktion

G20 – Hamburg im Ausnahmezustand?

Von Christiane Schneider



Protest gegen den G20-Gipfel, 1.9.2016 (Foto: Christiane Schneider)

Die schlimmsten Befürchtungen drohen wahr zu werden: G20 in Hamburg, das bedeutet Ausnahmezustand, zumindest in weiten Teilen der Innenstadt und in einem breiten Korridor zwischen der Innenstadt und dem Flughafen.

Die von Angela Merkel und Olaf Scholz getroffene Entscheidung, den Gipfel in die Metropole Hamburg zu holen, stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Die Staats- und Regierungschefs von 19 Mitgliedsstaaten und der EU, unter ihnen autoritäre Herrscher wie Donald Trump, Recep Tayyip Erdogan, Wladimir Putin, sowie von weiteren 15 Organisationen und Staaten reisen mit großem Tross an: Insgesamt 6.500 Delegierte werden hier tagen, wohnen und durch die Stadt fahren. Dabei wollen sie vor möglichen Anschlägen geschützt, durch BürgerInnen, die sich durch die Stadt bewegen, nicht beeinträchtigt und schon gar nicht mit Protesten konfrontiert werden.

Um den Tagungsort Messehallen werden zwei Sicherheitszonen gezogen und Scharfschützen stationiert, auch um die Elbphilharmonie, wo die Staats- und Regierungschefs speisen und einem Konzert lauschen wollen. Eine Art Sicherheitszone wird es auch um etliche Hotels geben, von 100 Metern rundherum ist die Rede. Und nicht zuletzt werden die Fahrtrouten der Delegationen, die sogenannten Protokollstrecken, weitläufig und über längere Zeiträume gesperrt werden. Auch andere die Bewegungsfreiheit einschränkende Maßnahmen sind zu erwarten. Obwohl z.B. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer in der Innenausschusssitzung am 24. April ankündigte (Wortprotokoll, S. 8), es werde keine Akkreditierungen ge-

ben, hören wir von Menschen, die in der Innenstadt arbeiten, dass sie sich beim BKA akkreditieren lassen müssen, um Zutritt zu bekommen. Auch angekündigte Evakuierungen wurden uns bekannt, obwohl der Polizeipräsident das ebenfalls verneint hatte.

Schon in der Innenausschusssitzung hatte Innensenator Andy Grote gewarnt, was er vor einigen Tagen öffentlich wiederholte: dass auf keinen Fall die Kolonnen der Delegationen auf den Protokollstrecken z.B. durch Blockadeaktionen gestoppt werden dürften. Seine unmissverständliche Botschaft: »Das Risiko, das damit verbunden ist, das kann niemand verantworten, wenn eine Kolonne stehen bleibt. Man möge sich einmal vorstellen, die Kolonne des türkischen Präsidenten mit einer entsprechenden Zahl an auch bewaffneten Personenschützern gerät in eine Kolonne meinerseits militanter Kurden. Dann haben wir ein Szenario, das sozusagen alles sprengt, was man sich bisher so vorstellen kann.« (Wortprotokoll, S. 5) Deshalb werden man die Protokollstrecken unter allen Umständen freihalten.

Das Problem sind aber nicht kurdische Demonstrierende, deren Militanz Grote **wider besseres Wissen** behauptet – das Problem ist, dass Grote davon ausgeht, dass Erdogan und seine Brüder im Geiste nicht davor zurückschrecken, im Zweifelsfall auf Menschen schießen zu lassen.

Anlässlich des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm hatte das BKA beim Bundesverwaltungsamt 265 Waffentrageerlaubnisse für ausländische Sicherheitskräfte beantragt. Die Zahl bewaffneter ausländischer Sicherheitskräfte dürfte beim G20

deutlich höher sein. Es reisen mehr Delegationen an, und sie tagen nicht abseits in einem relativ leicht abschirmbaren Gebiet, sondern in einer dicht besiedelten Großstadt mit lebendiger und vielfach kritischer urbaner Bevölkerung.

Ich halte Grottes Warnung **nicht nur** für Abschreckungspropaganda, sondern nehme die von einigen Delegationen ausgehende Gefahr ernst. Aber: Das alles konnte man wissen und wusste man auch. Merkel und Scholz haben den G20-Gipfel unverantwortlicher Weise nach Hamburg geholt. Mit der Bundesregierung trägt der Senat die Verantwortung dafür, dass **unter keinen Umständen** auf Protestierende geschossen wird.

Vor und während des Gipfels werden zahlreiche Protestaktionen stattfinden: ein Gegengipfel, Blockaden, Zeltlager, Kundgebungen, Konzerte, Demonstrationen zu Wasser und zu Lande. Das Spektrum der G20-KritikerInnen und -GegnerInnen ist groß wie selten. DIE LINKE ruft vor allem zur Demonstration am 8. Juli auf.

Schon weit im Vorfeld wurde deutlich, dass die Versammlungsfreiheit für den Senat der letzte Posten auf der Prioritätenliste ist. Dieses Grundrecht ist aber nichts, das man auch noch mal in den Blick nehmen kann, wenn alles andere geklärt ist, die räumlichen Grenzen des Ausnahmezustands festgelegt, die Forderungen der Gäste erfüllt sind usw. Das »Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, gilt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewussten Bürgers«, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Beschluss von 1985. Sicherheitsinteressen können und dürfen dieses Grundrecht nicht außer Kraft setzen.

Beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm hatten die Sicherheitsbehörden mit einer Allgemeinverfügung für vier Tage »alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel« in einem 40 Quadratkilometer großen Gebiet um Heiligendamm verboten, ebenso den geplanten Sternmarsch, der außerhalb dieser Zone beginnen sollte. Im April 2017 hatte die Innenbehörde für den G20 zunächst eine demonstrationsfreie »Blaue Zone« ins Spiel gebracht, die der grüne Justizsenator kurz darauf relativierte. Im Innenausschuss wurde dann deutlich, dass der Senat sich darauf vorbereitet, Demonstrationen während des Gipfels ganz oder teilweise durch Einzel- oder Allgemeinverfügungen zu verbieten (Wortprotokoll, S. 27), und zwar schon dann, wenn man sich mit den VeranstalterInnen nicht über Routen und Orte verständigt. Derzeit ist vor allem das Heiligengeistfeld als Ort der Abschlusskundgebung der Demonstration am 8. Juli umstritten.

CDU, AfD, Hardliner v.a. aus den Polizeigewerkschaften und leider auch einige Medien malen Schreckensszenarien an die Wand und beschwören regelrechte Gewaltorgien, um immer drastischere Maßnahmen zur Unterdrückung jeglicher Proteste zu fordern. Senat und Innenbehörde diskreditieren **aus politischen Gründen** insbesondere die Demonstration am 8. Juli, einerseits um sie kleinzureden und potenzielle TeilnehmerInnen abzuschrecken, andererseits um damit ein mögliches Verbot vorzubereiten. Die Polizei, durch den G20

extrem belastet, wird erkennbar auf einen harten Kurs, auf Ausnahmezustand, Aufrüstung und Eskalation ausgerichtet, nicht auf Deeskalation und Schutz von Grundrechten. Brennende Autos und martialische Aufrufe auf der anderen Seite stärken nicht den politischen Protest, sondern tragen zu Aufrüstung und Eskalation bei.

Diese Entwicklung halte ich für verhängnisvoll. Wir wollen keinen Ausnahmezustand, der die Stadt stark verändern würde, und wir wollen nicht, dass Menschen bei den Protestaktionen gegen den G20-Gipfel zu Schaden kommen. Niemand.

Für uns gehören neben der Unterstützung friedlicher Protestaktionen die Verteidigung der Versammlungsfreiheit und anderer Grundrechte sowie die Verhinderung eines großräumigen Ausnahmezustands zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Wochen.

Das **Wortprotokoll der Innenausschusssitzung**

vom 24. April 2017 findet sich hier:

www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/57753/wortprotokoll-der-%c3%b6ffentlichen-sitzung-des-innenausschusses.pdf.

Die **Linksfraktion** hat eine **G20-Seite** eingerichtet:

www.linksfraktion-hamburg.de/g20/. Hier findet sich auch die PDF-Datei unserer kürzlich erschienenen Fraktionszeitung »Backbord« zu G20.

Unsere Anfragen/Antworten z.B. zu Vorbereitungsmaßnahmen, zur Gefangenensammelstelle, zu Rechtsgrundlagen etc. stellen wir auf die Seite www.grundrechte-kampagne.de.



Protest vor den Messehallen gegen das Campverbot (C. Schneider)

Hamburg braucht eine vertragliche Regelung mit den Sinti und Roma!

Von Surya Stülpe, Referentin im Büro Christiane Schneider



Romani Rose, Eröffnung des Gedenkorts Hannoverischer Bahnhof, 10.5.2017 (S. Stülpe)

Die jahrhundertelange Geschichte der Sinti und Roma in Europa, Deutschland und Hamburg ist geprägt von Ausgrenzung, Unterdrückung und Vertreibung bis hin zum Völkermord durch die deutschen Nationalsozialisten. Dr. Peter Widmann arbeitet in seiner Studie »An den Rändern der Stadt« (Metropol Verlag 2001) heraus, wie sich Vorurteile und Hass gegen die Minderheiten auch nach 1945 auf bundesdeutsche Politik auswirkten. Er zeigt, wie sich Behörden noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg an Stereotypen aus dem 19. Jahrhundert orientieren und wie ihre Politik, gleich einer selbsterfüllenden Prophezeiung, die Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft bestätigt.

Mit unserer Großen Anfrage zum Thema »Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945« (Drs. 21/8004 vom 14.3.2017) haben wir jüngst wieder deutlich gemacht: Auch in Hamburg war der Spuk des Antiziganismus 1945 nicht vorbei. Die Hamburger Polizei befürwortete die vollständige Erfassung von Sinti und Roma in der sogenannten Landfahrererkartei mit der Begründung, dass diese alle kriminell seien; diese Praxis wurde mindestens bis 1979 fortgeführt. Eine vollständige Aufzählung würde Seiten füllen. Das politische Ziel muss dementsprechend sein, diesen Kreislauf der Ausgrenzung und deren Folgen endlich zu durchbrechen.

»Es ist an der Zeit, ein ganz neues Kapitel im Verhältnis zu den Sinti und Roma zu öffnen«, so Christiane Schneider in der

Debatte zu unserer Großen Anfrage am 12. April in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Bundesweit lassen sich einige Beispiele für einen Bruch mit der Geschichte der Ausgrenzung hin zu einer Verbesserung der Stellung von Sinti und Roma in der Gesellschaft finden. Sinti und Roma sind in Deutschland anerkannte Minderheiten. Ihre Sprache und Kultur ist durch deutsches und europäisches Recht – das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten – geschützt. Die Übertragung der darin fixierten Anforderungen in konkrete Politik obliegt den Ländern und Kommunen. So hat Schleswig-Holstein im Jahr 2012 die deutschen Sinti und Roma als schützenswerte Minderheit in die Landesverfassung aufgenommen.

Das Land Baden-Württemberg hat einen Staatsvertrag, Bremen, Hessen und Rheinland-Pfalz eine Rahmenvereinbarung mit den Minderheiten der deutschen Sinti und Roma abgeschlossen. Diese beinhalten u.a. die Anerkennung der historischen Verantwortung Deutschlands, Regelungen zur institutionalisierten politischen Mitbestimmung und Mitwirkung in Landesrundfunkräten, die institutionelle Förderung der Vertretungen von Sinti und Roma, Regelungen zum Erhalt der Sprache und Kultur, Regelungen zu schulischen Lehrplänen und politischer Bildung, die Unterstützung von nicht-deutschen Sinti und Roma bei der Integration, Anweisungen und Hinweise zu antidiskriminierender Praxis für die Ver-

Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE lädt ein zu zwei Veranstaltungen:**Andrej Stephan: Von amtlichen »Zigeunerspezialisten« und Sprachregelungen« – Die Frühgeschichte des BKA und der Umgang mit Sinti und Roma**

Große Teile des Gründungspersonals des Bundeskriminalamts (BKA) einschließlich der Amtsleitung hatten bereits in der Polizei des »Dritten Reichs« Dienst getan. Ihr Wirken sollte bis Ende der 1960er Jahre die Amtsgeschichte maßgeblich prägen. Die Forschungen des Historikers Andrej Stephan, Mitglied der unabhängigen Kommission zur Erforschung der Geschichte des BKA, belegen, dass das Amt sogar bis 2001 aktiv an der behördlichen Diskriminierung von Sinti und Roma beteiligt war. Stephan stellt das Projekt »BKA-Historie« und seine wesentlichen Ergebnisse vor.

Donnerstag, den 18. Mai, 18.30 bis 20.00 Uhr, GLS-Bank, Düsternstraße 10

Dr. Peter Widmann: An den Rändern der Städte – Sinti und Roma in der deutschen Kommunalpolitik seit 1945

Städte und Gemeinden haben besonderen Einfluss auf die Lage der Sinti und Roma in Deutschland. Peter Widmann hat in politikwissenschaftlichen Fallstudien das behördliche Handeln gegenüber der Minderheit seit 1945 untersucht. Er zeigt, wie sich Ämter noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg an Stereotypen aus dem 19. Jahrhundert orientierten, aber auch, wie die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma und der gesellschaftliche Wertewandel die kommunale Politik verändert haben.

Donnerstag, 1. Juni, 18.30 bis 20.00 Uhr, Kaisersaal im Hamburger Rathaus, Rathausmarkt 1

waltung und zur Weiterbildung der Verwaltung zum Thema. An der Universität Heidelberg (Baden-Württemberg) wurde zudem die Errichtung einer Forschungsstelle zur Geschichte und Kultur der Sinti und Roma und zum Antiziganismus vereinbart.

»In Berlin haben sie ja gerade einen Staatsvertrag verhandelt. So etwas möchten wir hier in Hamburg auch gerne erreichen. Dass wenigstens die Beratungsstelle mal abgesichert ist

und wir nicht jedes Mal wieder bangen müssen und so viel Zeit in Projektanträge stecken müssen. In Rheinland-Pfalz steht in der Rahmenvereinbarung sogar drin, dass alle Beamten beim Umgang mit Sinti und Roma deren Verfolgungsgeschichte gegenwärtig haben sollen. Das ist gut, so etwas! Dann müssen sich die Behördenmitarbeiter auch mal damit beschäftigen und verstehen unsere Leute«, meint Inge Weiß vom Landesverein Sinti in Hamburg.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Vor Kurzem herausgekommen ist die 40. Ausgabe der **Klar**. Die in größeren Abständen und in hoher Auflage erscheinende **Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE** widmet sich diesmal auf zwölf Seiten der Gesundheitsversorgung im Allgemeinen und den Vorstellungen über eine solidarische **Gesundheitsversicherung** im Besonderen. Zu finden in LINKEN Büros und den Infotischen sowie im Netz: https://issuu.com/linksfraktion/docs/klar_40_web?e=14846121/46603294.

Soeben erschienen ist ein mittelinformatives, dünnes **Faltblatt** der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen zur **Sozialen Erhaltungsverordnung**.

Es gibt zwar auch eine gedruckte Version, aber die ist wegen der geringen Auflage nur schwer zugänglich. Bleibt die digitale Variante: www.hamburg.de/contentblob/8718192/58cdca-03cd574b7d4712f367eb228b7b/data/d-faltblatt-sozerhvo.pdf.

Und noch eine neue BSW-Publikation ist erschienen, die mittlerweile **14. Ausgabe** des **Newsletters Integrierte Stadtteilentwicklung**. Es geht auf 16 hübsch bebilderten Seiten um die Aspekte Modernisierung und Sanierung, um die (neuen) RISE-Fördergebiete und aktuelle Projekte sowie das Sozialmonitoring. Zu finden ist das Teil (wie auch alle seine zuvor erschienenen Ausgaben) unter: www.hamburg.de/publikationen-und-veranstaltungen/newsletter/.



Schwerpunkt des von der Bundestagsfraktion der LINKEN herausgegebenen **10. Verkehrspolitischen Zirkulars – Besser Verkehren** ist die drohende Autobahngesellschaft, auch »Infrastrukturgesellschaft« und »Fernstraßen-Bundesamt« genannt. Es geht aber auch ums Fahrrad, die Bahn, den Bundesverkehrswegeplan 2030 und den noch laufenden Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal. Nicht zuletzt werden in dem dicken, kostenlos erhältlichen Heft zahlreiche parlamentarische Initiativen der Linksfraktion zur Verkehrspolitik dokumentiert. Via Netz ist es hier erhältlich: www.oekologische-plattform.de/2017/04/verkehrspolitisches-zirkular/.



Eine Fundgrube bietet immer wieder die Publikationstätigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aktuell gibt es unter www.rosalux.de/publikationen.html u.a.: eine Studie zu »Kinderarmut und Reichtum in Deutschland« von Michael Klundt, einen Faktencheck zur griechischen Politik, etwas zur »Geschichte der USPD« in Erinnerung an ihre Gründung vor 100 Jahren.

Am **Donnerstag, den 18. Mai**, lädt die Linksfraktion zu einer **Öffentlichen Anhörung zur Armut von Kindern und Jugendlichen** im Rathaus ein. Zwischen 18.00 und 21.30 Uhr werden Betroffene aus sozialen Einrichtungen und VertreterInnen verschiedener sich zur Wehr setzender Initiativen zu Wort kommen. Ein Wortprotokoll wird anschließend die Möglichkeit bieten, sich bis ins Detail über die Probleme zu informieren. Nähere Infos gibt es unter: pressestelle@linksfraktion-hamburg.de.

Welches Land wollen wir sein? – Diese Frage rührt an die neuerlich von den Konservativen aufgeworfene »Leitbilddebatte«. Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) bietet dazu die Möglichkeit, Positionen im Rahmen der Initiative »Die Offene Gesellschaft« kennenzulernen, aus kritisch-reflektierender Perspektive. Die Podiumsdiskussion mit Landespastor Dirk Ahrens, der »Panorama«-Journalistin Anja Reschke, der Intendantin des Ernst-Deutsch-Theaters, Isabella Vértes-Schütter, und Prof. Dr. Harald Welzer, Direktor der Stiftung FuturZwei, findet statt am **Donnerstag, den 18. Mai**, um 19.00 Uhr in der St. Katharinen-Kirche (Katharinen Kirchhof 1).

Hamburger Stadtansichten heißt es auch in diesem Jahr wieder beim gewerkschaftsnahen Bildungsträger »Arbeit und Leben«. Die ersten der insgesamt zwölf **Erkundungen zu Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung** sind bereits gelaufen, als nächste steht am **Freitag, den 19. Mai**, um 17.00 Uhr ab U-Meßberg (Eingang Chilehaus) ein **Rundgang durch die Hafencity** inklusive Speicherstadt an. »Ein kritischer Rundgang zu Hamburgs globaler Rolle damals, heute, morgen« (Eigenwerbung). Weiter geht es am **2. Juni** mit dem Thema »Skandinavien in Hamburg« (18.30 Uhr, U-Bahn Landungsbrücken, auf dem Fußgängerübergang zum Hafen), am **9. Juni** lautet die Frage, »Was braucht Altonas Mitte?« (17.00 Uhr, Holstenplatz vor dem Finanzamt/Holzhaus), gefolgt von der Spurensuche »Denkmäler der Innenstadt« am **16. Juni** (18.30 Uhr, Rathaus, vor dem Heine-Denkmal) und u.a. einem »Spaziergang durchs UNESCO-Welterbe« Speicherstadt und Kontorhausviertel am **23. Juni** (17.00 Uhr, ab St. Petri Kirche, Hauptportal, Mönckebergstraße). Die Kosten belaufen sich auf zwischen 12 und 17 Euro pro Rundgang. Eine schriftliche Anmeldung ist vonnöten. Mehr unter www.hamburg.arbeitundleben.de.



Vor 80 Jahren bombardierten Flieger der Legion Condor den baskischen Ort Guernika (Guernica), ein Fanal der verbrecherischen Kriegsführung Nazi-Deutschlands gegen das republikanische Spanien 1937. Die Willi-Bredel-Gesellschaft nimmt dieses Ereignis zum Anlass, am **Samstag, den 20. Mai**, einen **Klagemarsch vom Deserteursdenkmal zum Rathausmarkt** durchzuführen, um damit an die Kriegsgreuel von damals und heute zu erinnern und mit Musik, Gesang, Tanz und Text »die Profiteure und die Herren der Kriege« zu attackieren. Auftakt am Deserteursdenkmal (nahe Dammtor, beim Kriegsklotz) ist um 10.30 Uhr. Es wird um Anmeldung gebeten: willi@bredelgesellschaft.de.

Der G20-Gipfel wie überhaupt internationale Themen werden in den kommenden Wochen die Hamburger Medien, vor allem aber auch die Menschen in unserer Stadt, bewegen. Aus der Vielzahl an Veranstaltungen, die schon im Vorfeld des 7./8. Juli stattfinden, können wir hier nur einige wenige berücksichtigen: Am **Montag, den 22. Mai**, geht es um 18.30 Uhr im alten, grundrenovierten Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 57a) um **Die Zukunft der Weltwirtschaft**. Griechenlands ehemaliger Finanzminister, der Ökonom **Prof. Yanis Varoufakis**, und der Europaabgeordnete und Hamburger Spitzenkandidat der LINKEN zur Bundestagswahl, **Fabio de Masi**, haben sich zum politischen Stelldichein verabredet. Es geht um nichts weniger als die Frage, wohin der gegenwärtige Kapitalismus steuert und welche Alternativen machbar sind.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung widmet dem G20-Gipfel und den Gegenaktivitäten eine umfangreiche Veranstaltungsreihe, die am **Dienstag, den 23. Mai**, um 19.00 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) mit dem Thema **Die G20 und die Krisen des globalen Kapitalismus** eingeläutet wird. Thomas Sablowski und Samuel Decker stellen ihre gleichnamige Broschüre vor und zur Diskussion. Es folgen weitere Diskussionsabende am **30. Mai** zur Reorganisation des europäischen Grenzregiments (19.00 Uhr, W3, Nernstweg 32-34), am **6. Juni** zur Herstellung des polizeilichen Ausnahmezustandes (19.00 Uhr, Übel und Gefährlich, Feldstraße 66), am **13. Juni** zur transnationalen Solidarität in Zeiten der Entsolidarisierung (19.00 Uhr, Golem, Große Elbstraße 14), am **20. Juni** zu Gipfelprotesten und zur Anti-Globalisierungsbewegung (19.00 Uhr, noch ohne Ort), am **27. Juni** zu Trumps neuer Weltordnung (19.00 Uhr, Golem, Große Elbstraße 14) sowie am 1./2. Juli zu Aktivismus und Fiktion (jeweils von 10.00 bis 18.00 Uhr, Gängeviertel, Fabrique, 4. Stock, Valentinskamp 34). Die Reihe im Überblick gibt's hier: http://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/82LIA/die-g20-und-die-krisen-des-globalen-kapitalismus/.



Refugees Welcome! Fight Fascism! Das sind die aussagekräftigen Wegmarken des **6. Laufs gegen Rechts**. Am **Sonntag, den 28. Mai**, ist es wieder soweit: Auf 7,4 Kilometern einmal links um die Außenalster soll deutlich Flagge gezeigt werden. Die bei der Veranstaltung gesammelten Gewinne kommen in voller Höhe dem Hamburger Bündnis gegen Rechts zugute. Startpunkt ist um 10.00 Uhr die Wiese Schwanenwik (vor dem Rudererdenkmal). Anmeldung unter www.fcstpauli-marathon.de/gegenrechts.

Eine neue Initiative zielt auf die Schaffung eines **Fahrradgesetzes für Hamburg – JETZT!** Gefordert wird u.a. ein dichtes, barrierefreies Radfahrnetz für alle, sichere Fahrradrouten, Schulwegprogramme, fahrradfreundliche Ampelschaltungen und vieles mehr, verbunden mit dem Motto »Lernen von Kopenhagen und Berlin!« Auftaktveranstaltungen haben bereits stattgefunden, für **Sonntag, den 28. Mai**, um 10.00 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2), ist die nächste Aktion angekündigt. Mehr unter <http://radentscheid-hamburg.de>.



Das UmweltHaus am Schüberg, der Zukunftsrat Hamburg und die Katholische Akademie Hamburg wollen es genau wissen und werfen die Frage auf, **G20 in Hamburg – worum geht es?** Am **Montag, den 29. Mai**, können Interessierte ab 19.00 Uhr in der Katholischen Akademie (Herrengraben 4) den Antworten lauschen und natürlich diskutieren. Referent an diesem Abend ist Helmut Janßen-Orth vom Arbeitskreis »Wirtschaft neu denken« des UmweltHauses am Schüberg (www.haus-am-schueberg.de).



Gutes Wetter und sportliche Bewegung unter freiem Himmel, so soll es sein, beispielsweise auch am **Samstag, den 3. Juni**, wenn die Landesarbeitsgemeinschaft Sport der Hamburger LINKEN zur **3. Roten Radtour** aufruft. Gestartet wird um 13.00 Uhr auf dem Rothenburgsorter Marktplatz, dann geht's etwa 23 Kilometer auf die Piste, gegen 15.00 Uhr ist das Ziel – die

KZ-Gedenkstätte Neuengamme – erreicht. Dort gibt es eine zweistündige Führung. Wer dann (immer) noch kann, fährt die Strecke zurück, in acht Kilometer Entfernung kann aber auch die S-Bahn in Bergedorf bestiegen werden. Anmeldung und Fragen per E-Mail an sport@die-linke-hamburg.de.



Wohnen für ältere und kranke Menschen, Barrierefreiheit, neue Wohnformen – lauter Stichworte, die in den letzten Jahren vermehrt auch den wohnungspolitischen Diskurs bereichert haben. Am **Donnerstag, den 8. Juni**, wird nun seitens der Hamburger Koordinationsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften zur **1. Wohn-Pflege-Börse** ab 16.30 Uhr ins Hamburg-Haus (Doormannsweg 12) eingeladen. Hier lassen sich qualifizierte Informationen über Wohn- und Beratungsangebote für Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf einholen. Bereits ab 15.30 Uhr findet eine Podiumsdiskussion zur Situation der nächtlichen Versorgung statt. Mehr unter www.stattbau-hamburg.de.

Bereits angelaufen ist eine **Ausstellung** der Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg & Hafen, die sich dem 40-jährigen Bestehen von **Kirchdorf-Süd** widmet und den schönen Titel **Die Moderne siegt im Laubengang** trägt. »Ein vertikales Dorf? Ein Ghetto? Oder einfach ein Stadtteil?« Gezeigt werden die Info- und **Fototafeln noch bis zum 9. Juni** in der Empfangshalle der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Neuenfelder Straße 19), gleich neben dem Stadtmuseum. Öffnungszeiten sind montags bis donnerstags von 8.00 bis 17.00 Uhr, freitags bis 16.00 Uhr.

Vom **12. bis 14. Juni** tagt in Hamburg – genauer im Schuppen 52 (Australiastraße 52) – der 11. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik. Es geht dabei um **10 Jahre Leipzig-Charta – für eine nachhaltige europäische Stadt**. Einladende sind die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, sowie die Bauministerkonferenz der Länder, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Das umfangreiche Programm lässt sich am besten der Website www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de entnehmen. Die Teilnahme ist kostenfrei, die Anmeldung muss bis zum 5. Juni erfolgen.



Der BUND Hamburg und die HafenCity Universität (HCU) veranstalten am **Freitag, den 16. Juni**, eine Fachtagung zum Thema **Metropolregion Hamburg ohne Plan? Mehr Wohnungen, mehr Gewerbegebiete, mehr Straßen – bleiben Natur und Lebensqualität auf der Strecke?** ExpertInnen diskutieren über die Situation in der Metropolregion Hamburg heute, rücken andere Metropolregionen in den Fokus und suchen nach Lösungsansätzen. Die Veranstaltung findet von 10.00 bis 16.30 Uhr in der HCU (Überseeallee 16) statt.

Am **Sonntag, den 18. Juni**, findet die diesjährige Fahrradsternfahrt von Mobil ohne Auto Nord e.V. statt. Die Parole lautet »Rad fahren – Klima schützen«. Seit 1995 an jedem 3. Sonntag im Juni findet diese Fahrradsternfahrt bereits statt, bis zu 30.000 TeilnehmerInnen zählte die Aktion bisweilen. Gestartet wird in diesem Jahr an 70 verschiedenen Orten (www.fahrradsternfahrt.info/fahrradsternfahrt/startpunkte/), gegen 15.00 Uhr fährt alles auf dem Rathausmarkt auf/vor. Mehr unter www.fahrradsternfahrt.info.



Wir weisen hier schon einmal darauf hin, dass am **8./9. September** wieder eine **Berlinfahrt auf Einladung unseres Bundestagsabgeordneten Jan van Aken** erfolgt. Es wird eine Bundestagsbesichtigung und u.a. eine Berlin-Rundfahrt, Gespräche zur Senatspolitik und eine Führung geben. Konkretes im nächsten »BB«. Interessierte melden sich bitte per E-Mail bei Michael.Joho@linksfraktion-hamburg.de.

Soziale Integration besser ausstatten!

Joachim Bischoff über Ergebnisse des Sozialmonitorings



Billetter Hauptstraße (Oxfordian Kissuth, CC BY-SA 3.0)

Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind den BürgerInnen überwiegend wichtig – in Hamburg und in Deutschland. Viele schauen mit Unverständnis auf Armutsquartiere in anderen europäischen Ländern, z.B. in Paris, Marseille oder Amsterdam. Wenige in Deutschland wünschen sich ein Sozialsystem nach amerikanischem oder britischem Modell. Die große Mehrheit will Chancengleichheit, Solidarität und einen gesellschaftlichen Ausgleich. Aber auch bei uns wächst der Abstand zwischen den benachteiligten Quartieren und den übrigen Wohnbezirken – mit einem Unterschied freilich zu Armutsquartieren in anderen Ländern: Viertel, in denen sich die sozialen Probleme zu einem explosiven Gemisch konzentrieren, gibt es in der Bundesrepublik bis auf wenige Sonderfälle nicht.

Ein wichtiger Unterschied zu den Armutsquartieren am Rande der europäischen Metropolregionen: Bei uns ist die chronische Arbeitslosigkeit deutlich geringer und das aktuelle Sozialsystem stärker auf die Förderung des sozialen Zusammenhalts ausgerichtet.

Quartiersentwicklung in Hamburg

Noch in den Regierungszeiten von Ole von Beust (CDU) wurde ein Programm zur Förderung der sozialen Stadtentwicklung aufgelegt. Mit rund 20 Mio. Euro wurden Maßnahmen gegen die Vertiefung der sozialen Spaltung finanziert. Mit dem Eintritt der GAL in eine schwarz-grüne Koalition 2008 sollte diese integrierte Stadtentwicklung in Kombination mit stadtteilnaher Wirtschafts- und Arbeitsförderung ausgebaut werden. Das ehrgeizige Projekt der Stadtentwicklung läuft bis heute unter dem blumigen Titel »Hamburg. Deine Perlen« in Anlehnung an ein fast namensgleiches Lied des hanseatischen Kultsängers Lotto King Karl. Auf Arbeitsebene und im Behördenjargon kursiert es unter der Abkürzung »RISE« für

»Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung«. Es soll nicht mehr passieren, dass die Stadtentwicklungsbehörde ein förderungswürdiges Sanierungsgebiet ausschreibt und an Schreibtischen der Bildungsbehörde just dort die Schließung einer Schule beschlossen wird. Integration der staatlichen Politik ist Pflicht.

Wer erwartet hatte, dass der SPD die Bekämpfung der sozialen Spaltung eine Herzensangelegenheit ist, wurde jedoch enttäuscht. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts hat bei der SPD in Hamburg wie auf Bundesebene nur mehr eine geringe Bedeutung. Der Kanzlerkandidat Martin Schulz hat zwar verkündet, es sei Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit, aber die Konkretisierung ist auf den SPD-Wahlparteitag im Juni verschoben worden.

In Hamburg gibt es weiter Quartierspolitik unter dem Titel »Hamburg. Deine Perlen«. Die eh mehr als bescheidenen öffentlichen Mittel wurden aber zurückgefahren. Gründe: klamme Haushaltskassen und Rückgang des Problembewusstseins. Mit RISE sind die hamburgischen Stadtentwicklungsprogramme sowie die Programmsegmente der Bund-Länder-Städtebauförderung unter einem Dach zusammengeführt und gleichzeitig reduziert worden. In Hamburg werden derzeit 26 Quartiere »gefördert«, mit den verschiedenen Programmen der Bund-Länder-Städtebauförderung wie Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtbau oder Städtebaulicher Denkmalschutz. Insgesamt werden 39 Fördergebiete gezählt, von denen 13 in mehreren Programmen der Städtebauförderung festgelegt sind. 2016 wurden insgesamt rund 55,4 Mio. Euro öffentliche Mittel in der Integrierten Stadtentwicklung eingesetzt. Diese Summe setzt sich zusammen aus rund 17,6 Mio. Euro RISE-Mitteln, rund 36,5 Mio. Euro Landesmitteln (davon rund 15 Mio. Euro öffentlicher Unternehmen, insbesondere des städtischen Woh-

nungsunternehmens SAGA) und rund 1,3 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Wenn man die Fördermaßnahmen aufschlüsselt, dann verfliegt der Eindruck, dass sich die gegenwärtige Landesregierung wieder stärker um die Armutsbekämpfung und die Förderung des sozialen Zusammenhalts bemüht.

Neueste »Perle« – Billstedt Zentrum

Mit »Hamburg. Deine Perlen« verfolgt der rot-grüne Senat »eine abgestimmte Strategie, Stadtteile oder Versorgungszentren mit besonderem Entwicklungsbedarf aufzuwerten und die Lebensqualität in diesen Quartieren zu verbessern.« Es sollen attraktive Quartiere zum Leben, Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen entstehen.

Neuestes »Perlen«-Projekt: Billstedt Zentrum. Das Gebiet soll zu einem belebten Mittelpunkt aufgewertet werden, es gilt die Aufenthaltsqualität durch attraktive öffentliche Räume zu steigern und das Wohnen im Zentrum zu stärken. Die Bekämpfung der Armut ist bestenfalls ein Nebenaspekt, im Mittelpunkt steht vielmehr die Schaffung eines attraktiven öffentlichen Raums bzw. einer neuen Qualität für modernes Business. Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD): »Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung stärkt Hamburg den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Wir investieren in Billstedts Zentrum, um es aufzuwerten und wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehört auch, Wohnungen zu modernisieren und neuen Wohnraum zu schaffen. Dafür brauchen wir das Sanierungsrecht. Der Bezirk Hamburg-Mitte wird in den nächsten Monaten zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Gewerbetreibenden und Eigentümern vor Ort ein Integriertes Entwicklungskonzept aufstellen und ein Beteiligungsgremium einrichten.«

Mehrere Behörden versuchen, zusammen mit den sieben Bezirksverwaltungen, die soziale Problemlage in Quartieren zu erfassen und zu steuern. Bekämpfung der vielfältigen Benachteiligungen in den »Problem-Quartieren« ist eine Sisyphusarbeit – ein schlecht ausgestatteter gesellschaftlicher Reparaturbetrieb. Armutsbekämpfung gibt es nicht zum Nulltarif. Die Bürgerschaft müsste entsprechende Mittel bewilligen. Vorgesehen waren zu Beginn des »Perlen«-Projekts die in Tabelle 1 aufgeführten Mittel.

Nicht nur wegen der Wechsel in der politischen Führung des Senats ist dieser Anfangsoptimismus buchstäblich versickert. Es wurden zusätzliche Aufgaben angelagert und die Mittel reduziert. Rund 21 Mio. Euro flossen für die integrierte Stadtteilentwicklung im Berichtsjahr angeblich dorthin, wo Missstände am drückendsten waren.

Hilfsmittel Sozialmonitoring

Mit der RISE-Konzeption und dem Einsatz öffentlicher Mittel sollte der sozialen Spaltung der Stadt entgegengetreten werden. Es sollte also in den zurückliegenden Jahren verhindert werden, dass sich an bestimmten Punkten der Elbmétropole Armut verfestigt. Die Praxis sieht trotzdem vielerorts anders aus. Das zeigt ein Monitoring der Stadtteile. Es gibt benachteiligte Quartiere – aber sie verändern sich kaum.

Soziale Gerechtigkeit in der Stadtentwicklung zu befördern setzt voraus, dass die soziale Entwicklung in der Stadt anhand von Indikatoren kleinräumig beobachtet wird. Das Sozialmonitoring bildet die Grundlage, die erlaubt, Ungleichheiten innerhalb der Stadt zu erkennen und das Handeln auf die dann erforderlichen Maßnahmen auszurichten. Zusammen mit dem kleinräumigen Datenpool bilden die Ergebnisse des Sozialmonitorings eine wichtige Datenbasis und Wissensgrundlage für Erkenntnisse über die soziale Situation in den Quartieren, die es erlauben, auch die Auswirkungen gesamtstädtischer Entwicklungen auf die Quartiere zu beobachten. »Das Sozialmonitoring hilft uns als eine Art »Frühwarnsystem«, soziale Ungleichheiten in unserer Stadt zu erkennen«, erklärt die Stadtentwicklungssenatorin. Und wie sieht es in den Quartieren aus?

847 sogenannte statistische Gebiete mit mindestens 300 EinwohnerInnen wurden im Jahr 2016 auf »vermutende kumulierte soziale Problemlagen« hin untersucht. Was wurde als »Problemlagen« angesehen? Wie bereits in den Vorjahren wurden folgende Indikatoren genannt und entsprechend gewichtet in ein Ranking umgesetzt:

- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund,
- Kinder von Alleinerziehenden,
- SGB-II-EmpfängerInnen,
- Arbeitslose,
- Kinder in Mindestsicherung,

Tabelle 1: Mittel des Programms Integrierte Stadtteilentwicklung (in Mio. Euro)

Für das Programm waren im Finanzplan 2009-2012 114,6 Mio. Euro vorgesehen, zuzüglich Beiträge anderer Fachbehörden (Mittelbündelung). Ab 2009 Veranschlagung im Betriebshaushalt.

Integrierte Stadtteilentwicklung	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2009-2013
Lebenswerte Stadt (BSU)	10	-	-	-	-	-	-	-
Quartiersoffensive	-	-	7,0	10,0	12,3	12,3	12,3	53,9
Aktive Stadtteilentwicklung	8,5	9,5	10,8	10,5	10,5	10,5	10,5	52,8
Stadtumbau und Sanierungsprogramm	8,6	8,2	8,0	8,0	8,0	9,4	9,4	42,8
Summe	27,1	17,7	25,8	28,5	30,8	32,2	32,2	149,4

Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

- Mindestsicherung im Alter,
- Schulabschlüsse.

Rund 83% der HamburgerInnen – das sind ca. 1,5 Mio. Menschen – leben demnach in Gebieten mit einem hohen oder mittleren Status. Rund 9% (157.000 EinwohnerInnen) wohnen dem Monitoring zufolge in Gebieten mit einem niedrigen, rund 12% (209.000 EinwohnerInnen) in solchen mit einem sehr niedrigen Status.

Die zentrale These des Berichtes 2016: Die soziale Spaltung – zwischen wohlhabenden und einkommenschwachen Quartieren – nimmt nicht weiter zu. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings: Es gibt trotz einer seit mehreren Jahren prosperierenden Wirtschaft, einer geringen Arbeitslosigkeit und des Zuzugs Zehntausender zumeist junger Menschen kein deutliches Aufholen von »statusniedrigen« Gebieten. Vielmehr halten sich die Viertel, deren Status sich zuletzt verschlechterte oder verbesserte, die Waage.

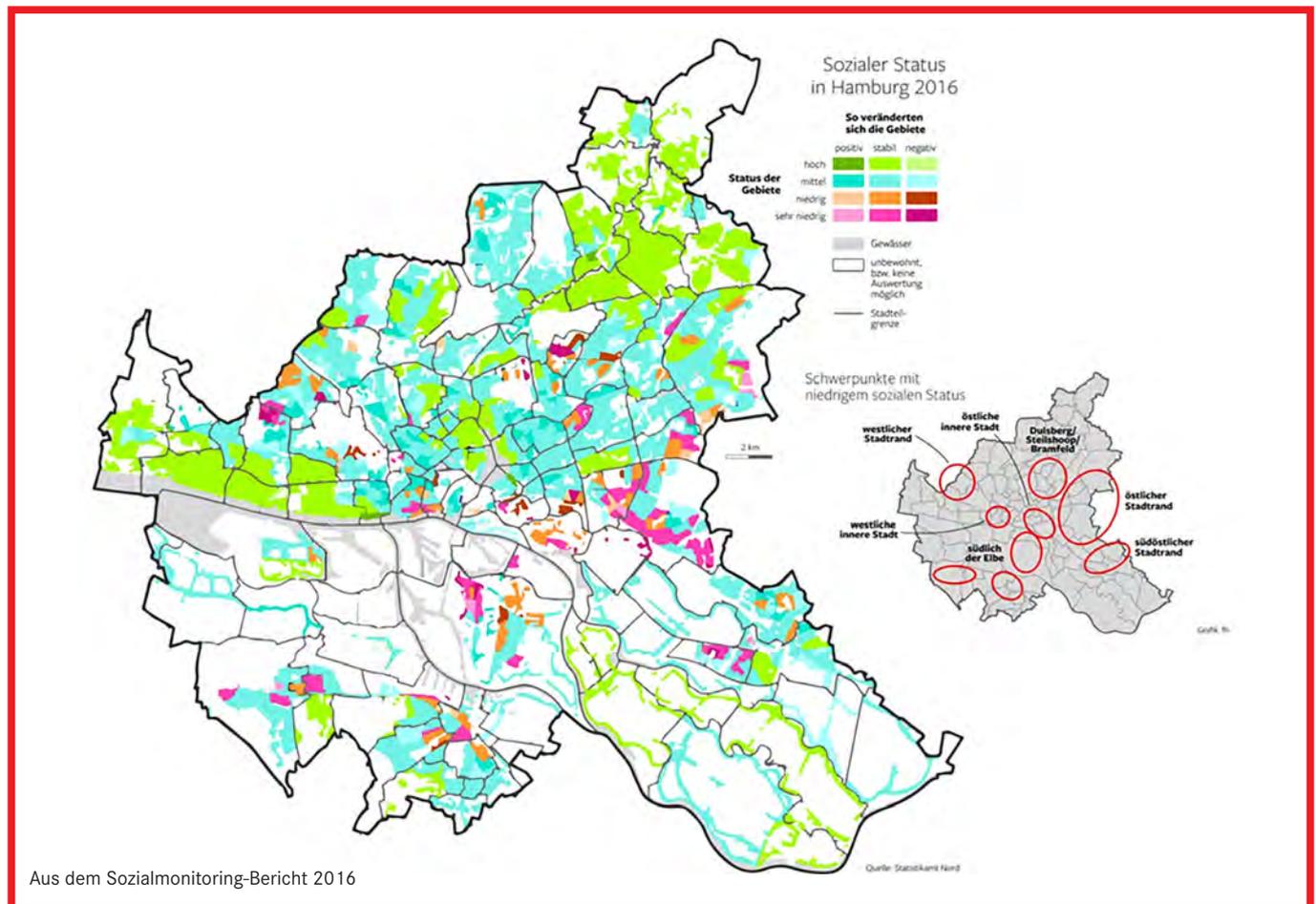
Im Vergleich zum Vorjahr erweist sich auch die räumliche Verteilung als stabil. Räumliche Konzentrationen von statusniedrigen Gebieten mit einer negativen Dynamik finden sich vor allem in den Stadtteilen Steilshoop und Wilhelmsburg, im Osten der Stadt (z.B. in Hammerbrook, Hamm, Horn und Billstedt) sowie am westlichen Stadtrand (z.B. Osdorf, Lurup).

Der jüngste Bericht über die hohe sozialräumliche Stabilität des Jahres 2016 sorgt in der politischen Führung also für

Entspannung. »Die Gesamtergebnisse zeigen auch in der langfristigen Betrachtung (2012-2016) erneut eine hohe räumliche Stabilität. Es sind keine Tendenzen einer zu- oder abnehmenden sozialräumlichen Polarisierung erkennbar.«

Doch Hamburg ist trotz guter ökonomischer Rahmenbedingungen (Plus beim Bruttoinlandsprodukt, Steuermehreinnahmen) in den letzten Jahren mit einer Verfestigung, z.T. sogar Ausweitung der sozialen Kluft konfrontiert. Da die wirtschaftlichen Probleme zunehmen werden, wird sich diese Entwicklungstendenz verstärken. Der anhaltende bzw. noch zunehmende eklatante Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird für eine Zuspitzung in der Entwicklung der benachteiligten Quartiere sorgen. Fakt ist auch: Es gibt in Hamburg eine langjährige Tradition, den aufgezeigten sozialen Desintegrations- und Marginalisierungsprozessen entgegenzusteuern, nicht nur seitens der städtischen Behörden, sondern auch mit ihren Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Hamburg betreibt seit vielen Jahren mithilfe verschiedener Förderprogramme des Bundes und der EU – darunter insbesondere die Programme der Städtebauförderung – die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Gebieten. Allerdings gibt es keine Transparenz und keine Bewertung der Effizienz und Wirksamkeit dieser Programme.

Sonderlich erfolgreich konnten diese Programme in der Vergangenheit nicht ausfallen. Dies liegt zum einen an der



mangelnden finanziellen Ausstattung, zum anderen aber auch daran, dass den kumulativen Problemlagen unzureichend Rechnung getragen wurde. Ein wichtiges Beispiel ist dafür das bereits erwähnte Billstedt. Jahrzehntlang ist dieser Stadtteil mit seinen vielfältigen städtebaulichen, sozialen und kulturellen Problemen sich selbst überlassen worden. Die geplante Aufwertung des Zentrums zum attraktiven öffentlichen Raum kann die vorhandene Skepsis nicht auflösen.

Es gibt Ansätze zum Gegensteuern. Die Verwaltungsvereinbarung des Bundesbauministeriums mit den Ländern, im Zeitraum 2017 bis 2020 jährlich 200 Mio. Euro für soziale Integration im Quartier freizugeben, sollte von Hamburg voll ausgeschöpft werden. Mit den Bundesfinanzhilfen für den »Investitionspakt Soziale Integration im Quartier« will der Bund Investitionsmaßnahmen der Kommunen zur Anpassung und Sanierung der sozialen Infrastruktur fördern. Vor allem geht es darum, den sozialen Zusammenhalt und die Integration vor Ort zu unterstützen – zum Beispiel durch den Umbau von Bildungseinrichtungen wie Schulen, Bibliotheken und Kindergärten oder auch Quartierstreffs. Zusätzlich können IntegrationsmanagerInnen gefördert werden, die als Brückenbauer zum Quartier fungieren und die Baumaßnahmen begleiten.

Letztlich waren es in den zurückliegenden Jahrzehnten der Sozialstaat, der soziale Wohnungsbau und das grundgesetzlich fixierte Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im nationalen Maßstab – also staatliche Veranstaltungen –, die eine sozial-räumliche Ausdifferenzierung

»Das Sozialmonitoring ist als kontinuierliches Beobachtungssystem angelegt und bildet seit 2010 eine wichtige Grundlage für die Stadtteilentwicklung aus gesamtstädtischer Sicht. Die Verwaltung ist damit in der Lage, unterstützungsbedürftige Quartiere frühzeitig zu identifizieren und die Auswahl von Fördergebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung auf eine objektive Datenbasis zu stützen.« So jedenfalls bewertet die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) ihre Berichterstattung über die integrierte Stadtteilentwicklung. Ende März ist der (nunmehr sechste) **Sozialmonitoring-Bericht 2016** erschienen. Dieses Material wie auch seine sechs Vorgänger gibt es unter: www.hamburg.de/sozialmonitoring/. Für die Betrachtung von Segregation, Gentrifizierung und Arm-Reich-Gefälle gibt der Bericht einiges her.

innerhalb der deutschen Städte weitgehend verhindert haben. Lange Zeit wurden diese staatlichen Interventionen zurückgefahren. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich erneut ein höheres Problembewusstsein ab. Die Chance zu einer Aufwertung der Politik der sozialen Integration sollte in Hamburg aufgegriffen werden.

Wohnen muss dauerhaft leistbar sein!

Ein Plädoyer von Herbert Schulz für einen gemeinnützigen Sektor in der Wohnungswirtschaft



Eher ein Gegenbeispiel – Hafencity (M. Joho)

Allmählich, nicht zuletzt durch den bevorstehenden Wahlkampf, beginnt eine öffentliche Debatte zu diesem Thema, das bisher nur einige Experten beschäftigt hat. Worum geht es?

Es geht um die (Wieder-)Einführung eines gemeinwohlorientierten Non-Profit-Sektors in der Wohnungswirtschaft, der auf der Grundlage bundesgesetzlicher Regelungen besonders privilegiert bzw. gefördert wird, um sein Ziel zu erreichen: die Erstellung, Bewirtschaftung und Erneuerung von Wohnungen zu dauerhaft leistbaren Mieten auch für Menschen mit nied-

rigen Einkommen durch die strikte Zweckbindung der Einnahmen und eine Gewinnbeschränkung (Neue Wohnungsgemeinnützigkeit). Nur so kann das Prinzip »einmal gefördert, immer gefördert« (eine Sozialwohnung *bleibt* eine Sozialwohnung) verwirklicht werden.

Herbert Schulz ist Mitglied der LAG Wohnen und Mieten der LINKEN in Hamburg.

Das Wort leistbar bezieht sich hier von vornherein auf das Verhältnis der Miete zu den Haushaltseinkommen und bringt besser zum Ausdruck als der Begriff bezahlbar, worum es geht. Auch Menschen mit niedrigem Einkommen müssen sich eine moderne Wohnung leisten können. Darum geht's.

In den letzten gut 25 Jahren seit Abschaffung der Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft (Steuerreform 1990) hat sich die Lage auf den Wohnungsmärkten für Menschen mit niedrigem Einkommen kontinuierlich verschlechtert. Von der Abschaffung der Gemeinnützigkeit 1990 waren ca. 8 Mio. MieterInnen betroffen. Und als Folge davon gab es in den Jahren danach eine wahre Privatisierungsorgie. Riesige Bestände ehemals gemeinnütziger Unternehmen, aufgebaut mit erheblichen Steuermitteln, wurden verkauft. 35.000 Wohnungen der Gagfah, ca. 100.000 Feba-Wohnungen und noch etliche andere ähnlich große Bestände. Später kamen umfangreiche Verkäufe durch den Bund und in Berlin und Dresden dazu, aufgekauft durch Finanzmarktakteure, vulgo »Heuschrecken«. Die »neue Wohnungswirtschaft« (z.B. Firmen wie die Vonovia, früher Deutsche Annington, der 400.000 Wohnungen gehören) besteht zu nahezu 100% aus den ehemaligen gemeinnützigen Beständen. Der Neue-Heimat-Skandal war damals nur der Anlass, Ziel war die Vermarktung des gemeinnützigen, mit viel Steuergeld geschaffenen Immobilienvermögens, das dann zu günstigen Preisen mit großem Werterhöhungspotenzial und goldenen Renditeaussichten verhökert wurde. Ausbaden mussten und müssen diese Politik die MieterInnen.

Bundesweit fallen jährlich ca. 80.000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Der soziale Wohnungsneubau im gegenwärtigen Volumen kann das nicht ansatzweise ausgleichen. Der Bestand an leistbaren Wohnungen nimmt also kontinuierlich ab. Das ist auch in Hamburg so. Der sogenannte Drittel-Mix des Senats (30% aller zu bauenden Wohnungen sollen öffentlich geförderte Sozialwohnungen sein) kann den Wegfall der Sozialbindungen bei Weitem nicht kompensieren, selbst wenn dieses Ziel erreicht würde. Das Missverhältnis zwischen dem Bedarf an leistbaren Wohnungen und dem Angebot wird so immer größer.

Über die damit einhergehende Verdrängung von MieterInnen ist schon viel geschrieben worden. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt: Die Miete macht bei einem immer größer werdenden Anteil der Haushalte schon 50% des Haushaltseinkommens aus. StadtsoziologInnen machen mittlerweile eine relativ neue Erscheinung in den Ballungsgebieten aus: Das systematische Überbelegen von Wohnungen, um diese Belastungen tragen zu können. Es handelt sich also um ein durch die Wohnungsnot erzwungenes Zusammenrücken.

Seit einigen Jahren wird nun die Devise »Bauen, Bauen, Bauen« ausgegeben. Damit kann das Problem der Unterversorgung mit leistbarem Wohnraum aber nicht gelöst werden. Der sogenannte Trickle-down-Effekt (mehr Wohnungen im hochpreisigen Segment führen zum Freiwerden von Wohnungen im unteren Segment) ist ein Märchen. Es gibt keine empirischen Belege für diese Behauptung. Und das ist auch ganz logisch, solange Angebot und Nachfrage nach leistbaren Wohnungen

nicht annähernd im Gleichgewicht sind. Und davon kann in den Ballungsgebieten keine Rede sein.

Man kann aber mal fragen, wieso ab Mitte der 1990er Jahre der allgemeine und in den 2000er Jahren der soziale Wohnungsneubau immer weiter zurückging und letzterer fast zum Erliegen kam. Eine Tatsache, die auch vom SPD-geführten Senat immer wieder beklagt worden ist mit Verweis auf die Versäumnisse der CDU-geführten Vorgängersenate. Dieser Rückgang hatte zwar auch politische, in erster Linie aber ökonomische Gründe. Es war ja nicht so, dass in dieser Zeit in der Wohnungswirtschaft nicht investiert wurde. Es wurden sogar glänzende Geschäfte gemacht. Des Rätsels Lösung: Von den Vermietern wurden die Mieten im Bestand als sehr niedrig eingeschätzt und es wurde von einem erheblichen Mieterhöhungspotenzial ausgegangen. Entsprechend wurde im Bestand gekauft und verkauft und die Mieten erhöht, ob mit oder ohne Modernisierung. Ertragserwartungsspekulation ist der Begriff, mit dem diese Vorgänge beschrieben werden können. Wir haben es hier also mit einem krassen Marktversagen im Wohnungssektor zu tun.

Im selben Zeitraum ging, wie schon erwähnt, der Bestand an Sozialwohnungen rapide zurück. Gleichzeitig wurden aber immer noch öffentliche und kommunale Wohnungsbestände im großen Stil verkauft bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl der Haushalte. Wenn schon die viel gelobten Marktkräfte in der Wohnungswirtschaft versagen, so hätte zumindest die Politik das Problem erkennen können und müssen, um gegenzusteuern. Aber weit gefehlt. Im neoliberalen Denken standen Privatisierungen höher auf der Agenda als die soziale Wohnraumversorgung. Ein klarer Fall von Staatsversagen also.

Für die soziale Wohnraumversorgung gibt es in Deutschland das Instrument der befristet geförderten Sozialwohnung (Objektförderung). So richtig es ist, mehr Sozialwohnungen zu fordern und auch zu bauen, greift dieses wohnungspolitische Instrument zu kurz. Alle Instrumente der Objektförderung sind zeitlich befristet. Früher im Regelfall 30 Jahre, heute normalerweise nur 15 Jahre. Sie bedeuten eine permanente Subventionierung privater Bauherren mit immer nur vorübergehender Wirkung für die MieterInnen. Es ist das Modell der sozialen Zwischennutzung von Wohnungen, die für den Markt gebaut werden. Dauerhaft leistbare Wohnungen entstehen so nicht. Dies würde einen eigenständigen (gemeinnützigen) Sektor erfordern, dessen einziger wirtschaftlicher Zweck das dauerhafte zur Verfügung stellen leistbaren Wohnraums für Menschen mit geringem Einkommen ist.

Noch offensichtlicher ist dieser Subventionierungsmechanismus, der keinen dauerhaft leistbaren Wohnraum schafft, bei der Subjektförderung, z.B. dem Wohngeld. Das Wohngeld und die Kosten der Unterkunft von Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind, machen jährlich insgesamt 17 Mrd. Euro in Deutschland aus! Natürlich sind das Wohngeld und die Kosten der Unterkunft von existenzieller Bedeutung für die betroffenen Mieterinnen und Mieter, und sie müssen unbedingt angehoben werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass diese Mittel den MieterInnen zufließen, aber auf den Konten der Vermieter landen. Der Staat übernimmt ei-

nen Teil der Miete, um die Last der hohen Marktmieten erträglich zu machen. Besser wäre es, diese Mittel in einen gemeinnützigen Wohnungssektor zu investieren. Das kann allerdings nur sehr allmählich passieren.

Interessant ist hier aber das Beispiel Österreich. In Wien sind 42% des Wohnungsbestands gemeinnützig gebunden, dort gilt das Prinzip einmal gefördert und gebunden, immer gebunden. Die Gemeinnützigkeit ist in Österreich gesetzlich verankert. Dort zeigt sich die strategische Bedeutung dieses Sektors durch Ausstrahlung auf den gesamten Wohnungsmarkt. Dort gibt es auch im frei finanzierten Segment noch vergleichsweise günstigen Wohnraum. Und als Folge davon sind nur in relativ geringem Maße Zahlungen von Wohngeld oder ähnlichen staatlichen Transferleistungen nötig.

Mittlerweile gibt es in der Wissenschaft (Autoren wie Jan Kuhnert, Andrej Holm u.a.) seriös durchgerechnete Beispiele, wie die Kosten (Grunderwerbskosten, Baukosten, Finanzierungskosten etc.) für die Erstellung leistbarer Mietwohnungen reduziert werden könnten, wenn die besondere Privilegierung für Gemeinnützigke greift. Neben günstiger Zurverfügungstellung von Flächen (kein Verkauf, sondern Vergabe in befristeter Erbpacht z.B.) und günstigen Krediten kommt auch die Umsatzsteuerbefreiung für gemeinnützige Wohnungsgesellschaften in Betracht. Auf diese Weise ließe sich bei gegebenem Preisniveau die Miete pro Quadratmeter auf bis zu vier Euro netto kalt reduzieren. Es ginge, wenn der politische Wille da wäre. Der Staat müsste lediglich auf Einnahmen verzichten, um die Entstehung eines Bestands an leistbarem Wohnraum zu fördern.

Bei historischer Betrachtung zeigt sich, dass privater Wohnungsbau unter kapitalistischen Bedingungen noch nie Wohnungen für niedrige Einkommen gebaut hat (Ausnahme Werkwohnungen). Und das unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Verzinsung des Eigenkapitals und ganz ohne die Annahme irgendwelcher märchenhafter Profite. Märkte sind nun einmal sozial blind. Daher entstand schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Gemeinnützigkeitsgedanke, der bis 1990 Bestand hatte und bis dahin auch erfolgreich praktiziert worden ist.

Fazit:

Soziale Wohnraumversorgung muss eine öffentliche, insbesondere städtische und kommunale Aufgabe sein, für die es einen gesetzlichen Auftrag gibt. Öffentliche Wohnungsgesellschaften, aber auch Genossenschaften sind besonders gefordert, wenn es um den realen Aufbau eines neuen gemeinnützigen Sektors geht, sobald die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind.

Die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau ist dem neoliberalen Umbau seit den 1980er und 90er Jahren zum Opfer gefallen. Jetzt, nach fast 30 Jahren neoliberaler Hegemonie des politischen Denkens, ist es an der Zeit, sie zurückzuerobern. Von den Parteien haben sich DIE LINKE und die GRÜNEN dies auf die Fahnen geschrieben. Die SPD ziert sich noch. Ob dort ein Umdenken möglich ist, ist zurzeit offen. Kämpfen wir also um gesellschaftliche und politische Mehrheiten für die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft.



Kommunaler Wohnungsbau der 1920er in Wien: Karl-Marx-Hof (Dreizung, CC BY-SA 3.0)

Wohnungsgenossenschaften und Erbbaurechte

Fragen an zwei Genossenschaftsvertreter



Karo-Genossenschaft – eine Idee, die leider gescheitert ist (M. Joho)

Die hamburgischen Wohnungsgenossenschaften sind ein wichtiger Akteur auf dem Wohnungsmarkt. Laut Zensus 2011 waren sie Eigentümerinnen von rund 128.000 Wohneinheiten. Zusammen mit den ca. 130.000 Wohnungen der SAGA GWG halten sie knapp 30% des gesamten Wohnungsbestandes in Hamburg vor. Und tragen – trotz aller Kritik an bestimmten Entwicklungen und Erscheinungen – mit ihren vergleichsweise günstigen Mieten und einer weitgehenden Bestandssicherung maßgeblich dazu bei, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht noch katastrophaler ist.

In letzter Zeit ist es einige Male vorgekommen, dass Genossenschaften Grundstücke, die sie von der Freien und Hansestadt Hamburg meist auf 99 Jahre gepachtet hatten, z.T. lange vor Ablauf der Vereinbarung erworben haben. Die Hamburger LINKE plädiert in ihrer Mehrheit dafür, öffentliche Flächen grundsätzlich im städtischen Eigentum zu behalten und lediglich im Wege von Erbbaurechten temporär zu vergeben. Um die Position der Wohnungsgenossenschaften nachvollziehbar zu machen, haben wir zwei führende Vertreter gebeten, ihre Sicht darzulegen und fünf von uns gestellte Fragen zu beantworten. Dabei handelt es sich zum einen um Andreas Paasch, Vorstand der Hanseatischen Baugenossenschaft Hamburg eG (HBH), zum anderen um Michael Wulf, Vorstandssprecher des Bauvereins der Elbgemeinden eG (BVE). Wir danken beiden für ihre Bereitschaft, Auskunft zu geben.

1. Wie viele Wohnungen zu welchem Durchschnitts-Mietzins halten Sie in Hamburg vor?

Michael Wulf: Der BVE hat fast 14.000 Wohnungen. Die Durchschnittsmiete beträgt knapp über 6 € pro m² netto-kalt.

Andreas Paasch: Der Wohnungsbestand der HBH beläuft sich per 31.12.2017 auf 6.814 mit einer durchschnittlichen Nutzungsgebühr in Höhe von 6,02 €/m² netto-kalt.

2. Hamburgs Wohnungsgenossenschaften haben eine lange Tradition, seit vielen Jahrzehnten sorgen sie für einen beträchtlichen Bestand bezahlbarer Mietwohnungen. Wie würden Sie die anhaltende Wohnungsmisere – vor allem den Wohnungsmangel und die Mietenexplosion – in Hamburg einschätzen und welchen Beitrag leisten die Genossenschaften, die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern?

Michael Wulf: In Hamburg stellt sich die Situation der Wohnungsnachfrage sehr unterschiedlich dar. Ein ebenso differenziertes Bild ergibt sich bei den Mieten. So sind z.B. die durchschnittlichen Mieten der Hamburger Genossenschaften und der SAGA insgesamt als günstig zu bezeichnen. Und im Rahmen der Fluktuation stehen jährlich einige Tausend Wohnungen zur Neuvermietung in diesen Segmenten an. Auch die Hamburger Genossenschaften beteiligen sich aktiv an der Erstellung von neuem Wohnraum. So bauen wir als BVE in den kommenden drei Jahren über 800 Wohnungen, davon 600 öffentlich gefördert.

Andreas Paasch: Die Wohnungsnachfrage ist in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich, ein flächendeckender Wohnungsmangel ist für uns nicht erkennbar. Im Bestand unserer Genossenschaft findet keine Mietenexplosion statt. Die HBH modernisiert laufend innerhalb ihres Bestandes, ohne dabei die Mitglieder durch extreme Erhöhungen der Nutzungsgebühren aus den Quartieren zu vertreiben. Gentrifizierung findet in unseren Beständen nicht statt. Neubauten errichten wir, sofern wir Grundstücke erwerben können, überwiegend öffentlich gefördert. Aktuell 83 Einheiten in zwei Objekten in Barmbek.

3. In den letzten Jahren haben verschiedene Wohnungsgenossenschaften mit Erbbaurechten belegte Flächen von der Freien und Hansestadt erworben. Auch Ihre Genossenschaf-

ten planen, größere Grundstückspakete zu erwerben. Um welche Flächen mit wie vielen Wohneinheiten handelt es sich dabei und welcher Mietzins ist dort im Durchschnitt zu entrichten?

Michael Wulf: Aktuell geht es beim BVE konkret um unsere Wohnanlage im Klövensteen mit insgesamt 62 Wohnungen und einer Durchschnittsmiete von unter 6 €/m² netto-kalt.

Andreas Paasch: Die HBH strebt den Erwerb von 864 Wohnungen auf drei Erbbaurechten an. Die Nutzungsgebühren bewegen sich in einer Spanne zwischen 5,05 und 6,33 €/m².

4. Was veranlasst Sie bzw. die von Ihnen vertretenen Genossenschaften, diese Grundstücke zu erwerben? Warum ist es Ihnen wichtig, diese Flächen zu erwerben, obwohl sie doch noch für etliche Jahre in Erbbaupacht an Ihre Genossenschaften vergeben sind?

Michael Wulf: Das dortige Erbbaurecht läuft in ein paar Jahren aus und wir möchten das Grundstück dauerhaft in unserer Genossenschaft bewirtschaften.

Andreas Paasch: Als Genossenschaft ist uns der langfristige Bestandserhalt im Interesse unserer Mitglieder wichtig. Dies spielt bereits viele Jahre vor Auslauf der Erbbaurechte

eine Rolle. Investitionen in den Bestand, z.B. zur Optimierung des Energieverbrauchs, müssen sich handelsrechtlich innerhalb der Nutzungsdauer erwirtschaften lassen. Diese Nutzungsdauer kann allerdings nie über das Ende des Erbbaurechtsvertrages hinaus gehen. Somit hätten Investitionen hier eine höhere Auswirkung auf die Nutzungsgebühren für unsere Mitglieder.

5. Was garantieren Ihre Genossenschaften den jetzigen Bewohnerinnen in den betreffenden Siedlungen für die nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte? Was wird sich durch den Kauf für die Mieterinnen ändern, was nicht?

Michael Wulf: Der BVE ist ein verlässlicher Partner vor Ort. Wir denken langfristig und über Generationen. Anhand der vorgenannten Mieten ist schon erkennbar, dass wir auch sehr moderat mit diesem Thema umgehen.

Andreas Paasch: Durch den Erwerb der Erbbaurechte wären wir in der Lage, die Objekte dauerhaft zeitgemäß zu erhalten. Die seit Jahrzehnten beständige Mieten- und Investitionsstrategie wäre für unsere Mitglieder eine verlässliche Basis für preiswertes Wohnen ohne Spekulationsabsichten – so wie es unsere Satzung vorsieht.

Stadtherz: Wir verstehen nur Bahnhof

Für eine soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof



Stadtherz-Aktion im Bezirksamt Mitte, 20.4.2017 (M.Joho)

Schon in den letzten Ausgaben des »BürgerInnenbriefes« haben wir über ein neues Bündnis berichtet, das am 24. Januar im »Herz As«, der Tagesaufenthaltsstätte für Wohnungslose, im Münzviertel gegründet worden ist und sich seitdem für eine soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof einsetzt. Mittlerweile hat sich das Bündnis den Namen **Stadtherz** gegeben und ist mit ersten Aktionen die Öffentlichkeit getreten: Anlässlich der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte am 20. April haben Aktive auf den verschiedenen Ebenen im Treppenhaus eines City-Hof-Blocks veranschaulicht, was

mit dem erhaltenen, sanierten Bau alles geschehen könnte: Wohnraum, Treffpunkte, Sportangebote... Zwei Tage später wurde der Tag der Museen genutzt, um per »interaktivem Luftbild« eine »Wunschwand voller Anregungen und Vorstellungen« für den City-Hof zu entwickeln (mehr dazu auf der Website www.buendnisstadtherz.de).

Am 13. April ist die nachfolgende Grundsatzklärung veröffentlicht worden, die einige interessante Aspekte der Stadtentwicklung auf den Punkt bringt. Wir übernehmen sie hiermit in voller Länge und danken den VerfasserInnen.

Für eine soziale Stadtentwicklung rund um den Hauptbahnhof in einer Stadt für alle.

Der Hamburger Hauptbahnhof und die ihn umgebenden Quartiere Altstadt, St. Georg und das Münzviertel sind das Herz unserer Stadt. Es schlägt für viele unterschiedliche Menschen, die hier ankommen, durchreisen, zwischenhalten, abfahren, arbeiten, einkaufen, wohnen und leben. Der Bahnhof und sein Umfeld haben sich in der jüngeren Vergangenheit stark verändert. Seit einigen Jahren beobachten wir Besorgnis erregende Entwicklungen, die im Wesentlichen von der profitorientierten Stadtentwicklung durch Politik, Verwaltung und Immobilienwirtschaft ausgehen. In dieser Erklärung versammeln wir die Anlässe unserer Sorgen und stellen Forderungen an die Verantwortlichen unserer Stadt. Die Weichen müssen schnell für eine andere, eine soziale Stadtentwicklung gestellt werden – bevor der Zug abgefahren ist!

1. Was die Privatisierung öffentlicher Liegenschaften und ihre profitorientierte Entwicklung für Folgen haben, ist am Bieber-Haus abzulesen. Nachdem der damalige schwarze Senat das am Hauptbahnhof gelegene Gebäude 2006 an die Alstria verkaufte, lässt die neue Eigentümerin die Immobilie grundlegend sanieren und setzte hierfür 2016 das KIDS – eine Anlaufstelle für Straßenkinder vom basis & woge e.V. – vor die Tür. Das Straßenkinderprojekt ist seitdem in einem Containerprovisorium auf einem Parkplatz am Holzdamm untergebracht und sieht einer unsicheren Zukunft entgegen.

Ein weiteres Beispiel ist das Apartmenthaus Neuer Hühnerposten im Münzviertel. Der Neubau wurde vom Projektentwickler Otto Wulff auf einem ehemals städtischen Grundstück am Schultzweg realisiert und wechselte mit der Hamburg Trust und der AviaRent bereits zweimal die Besitzerin. Die Apartmentpreise beginnen aktuell bei 670 Euro für 19 qm (35,26 Euro/qm).

Auch auf dem privatisierten Areal der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte gegenüber, auf dem in den vergangenen Jahren das temporäre Winternotprogramm mit 400 Schlafplätzen untergebracht war, soll neuer Wohnraum geschaffen werden. Wie teuer der sein wird, will der Investor Dietrich von Stemm von der Hanseatischen BauKonzept (HBK) nicht verraten. Nur so viel: »Die Miete wird sich an den Marktgegebenheiten orientieren.«

Statt aus diesen Fehlentwicklungen zu lernen, plant der derzeitige rot-grüne Senat den städtischen City-Hof in der Altstadt zu verkaufen und ihn vom Projektentwickler AUG. PRIEN abreißen und durch eine hochpreisige Neubebauung ersetzen zu lassen. So sind mit den dort ansässigen sozialen Einrichtungen Stützpunkt und Krankenstube für Obdachlose vom Caritasverband für Hamburg e.V. zwei weitere wichtige Anlaufstellen in Hauptbahnhofnähe von der Verdrängung bedroht.

Mit der Privatisierung der letzten öffentlichen Liegenschaften verkauft der Senat auch die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt und fördert Spekulation und somit immer weiter steigende Immobilienpreise.

Deshalb muss der Ausverkauf unserer Stadt und ihre Entwicklung nach diesem spekulativen Muster aufhören!

2. Die Verdrängung von Menschen findet nicht nur aufgrund steigender Mieten in den Häusern statt, sondern auch durch Privatisierungen, Kommerzialisierung, bauliche Maßnahmen und Repressionen in den Räumen dazwischen. Betroffen sind vor allem soziale Gruppen, die ihren Aufenthalt nicht über Kaufkraft legitimieren und/oder nicht den bürgerlichen Vorstellungen entsprechen.

Seitdem der rote Senat 2012 der Deutschen Bahn das Hausrecht auch für die überdachten Flächen des Bahnhofsvorgeländes übertragen hat, patrouilliert dort die Bahnwache und vertreibt alle, die nicht ins Bild passen. Da diese Art der Verdrängung kaum sichtbar wird und die Vertriebenen sich nicht dagegen wehren können, bleibt Kritik an diesem Umgang mit unseren Mitmenschen meist aus.

Auch Obdachlose sind zunehmend von Verdrängung bedroht. Besonders traurig ist dabei, dass diese Vertreibung von den Menschen ausgeht, die eigentlich dafür Sorge tragen müssten, dass niemand auf der Straße lebt: den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung. Doch anstatt die Obdachlosen von der Straße zu holen, ihnen würdige Unterkünfte anzubieten, werden sie – aus den Augen, aus dem Sinn – hin und her durch unsere Stadt getrieben.

Es ist sehr bedenklich, dass den sozialen Gruppen, die es ohnehin schwer haben, das Leben doppelt – und mit der Verdrängung ihrer wichtigen Anlaufstellen sogar dreifach – schwer gemacht wird.

Deshalb muss die Vertreibung von Menschen aus den Räumen unserer Stadt ein Ende haben!



Sport in den City-Hof: Stadther-Aktion im Bezirksamt Mitte, 20.4.2017 (M.Joho)

3. Die profitorientierte Entwicklung von Sanierungs- und Neubauprojekten durch private Investoren wird dem tatsächlichen Bedarf der Menschen nicht gerecht. In den Lagen rund um den Hauptbahnhof fehlt es an bezahlbaren und gemeinnützigen Räumen. Nicht nur zum Wohnen, sondern auch zum Leben und Arbeiten, für unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Lebensentwürfen und in verschiedenen Lebensphasen.

So sehen wir einen konkreten Bedarf an Flächen für soziale und soziokulturelle Nutzungen, niedrigschwellig zugängliche Angebote für Jugendliche, inhaber*innengeführten Einzelhandel, Gastronomie, Nahversorgung, kleinteiliges Gewerbe, geförderte Arbeitsräume für Künstler*innen, Atelierwohnungen, Wohnraum für Auszubildende sowie Studierende und solidarische Wohnformen. Zudem fehlt es an Freiräumen und Nischen im Umfeld des Hauptbahnhofs. Es gibt kaum Plätze mit Aufenthaltsqualität oder Flächen, die zur temporären Unterbringung von Menschen in sozialen Notlagen – wie Obdachlose im Winter oder geflüchtete Menschen – genutzt werden können.

Ein breites attraktives Angebot, drinnen wie draußen, stärkt und fördert das Miteinander im Quartier, schafft kurze Arbeitswege und steigert die Qualität des Lebensumfelds, für die Bewohner*innen und alle Gäste.

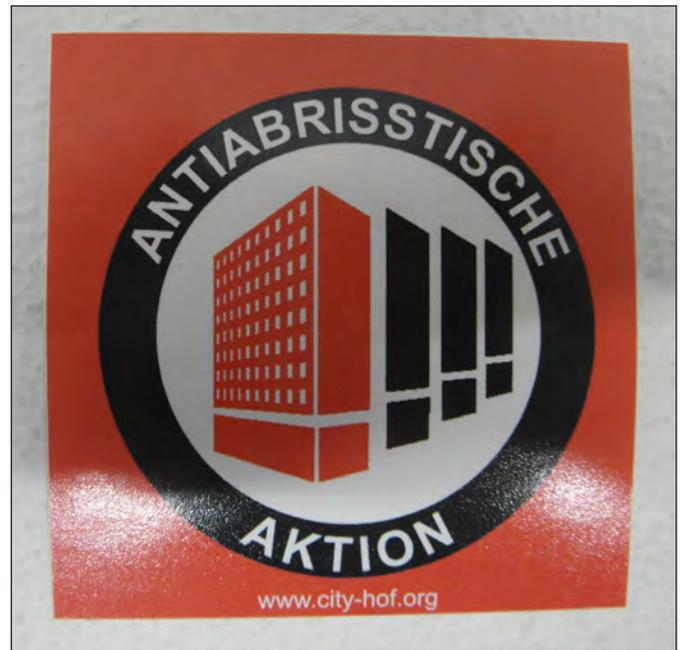
Deshalb muss sich die Entwicklung unserer Stadt am Bedarf der Menschen und nicht am Profitstreben der Investoren orientieren!

4. Eine ergebnisoffene Beteiligung der Bürger*innen bei der Entwicklung unserer Stadt findet in der Regel nicht statt. Oder zu spät – nachdem die grundlegenden Dinge »von oben« entschieden wurden. Formate wie »Anhören und Mitreden« werden von den Verantwortlichen als Beteiligung verstanden. Dabei sind dies reine Informationsveranstaltungen ohne jegliche Möglichkeit zur Mitgestaltung unserer Stadt.

Beim City-Hof ist der Zug noch nicht abgefahren, der Drops noch nicht gelutscht, die städtische Liegenschaft noch nicht veräußert. Noch kann der Senat Abstand von seinen Verkaufsabsichten und Plänen für eine Neubebauung des Areals am Klosterwall nehmen – bei »Phase 0« beginnen und die Bürger*innen bei der Entwicklung dieses wichtigen Ortes, der viele Chancen bietet, von Anfang an einbinden und ergebnisoffen



City-Hochhäuser 1958



Antiabrisst-Button des City-Hof-Vereins

mit ihnen über Vor- und Nachteile von Abriss oder Erhalt diskutieren.

Auch für die Einrichtung eines Soziokulturellen Zentrums im alten Schulgebäude auf dem Gelände der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte – wie es 2014 in dem Kaufvertrag zwischen Stadt und HBK festgeschrieben wurde – ist es noch nicht zu spät. Da sich der Investor nicht an diese Vereinbarung halten will, fordern wir den Senat auf, das Gebäude zurückzukaufen und in Erbpacht an den Quartierträgerverein Kunstlabor naher Gegenden e.V. (KuNaGe) oder an eine noch zu gründende gemeinnützige Genossenschaft zu vergeben.

Nur mit einer echten Bürger*innenbeteiligung auf Augenhöhe kann der besagte Bedarf, können die realen Bedürfnisse ermittelt, Wünsche produziert, die Identifizierung mit unserer Stadt gestärkt und Konflikte vermieden werden. Rund um den Hauptbahnhof gibt es zahlreiche Gremien, Vereine und Initiativen, die ihre Beteiligung und eine Stadtentwicklung »von unten« einfordern, aber nicht gehört bzw. ernst genommen werden.

Deshalb müssen die Menschen bei der Entwicklung unserer Stadt ernsthaft beteiligt statt nur über diese informiert werden!

Unsere Stadt ist keine Ware und kein Spekulationsobjekt. Sie ist ein Lebensraum und liegt uns am Herzen. Deshalb kämpfen wir für eine soziale Stadtentwicklung.

Bündnis Stadtherz, im April 2017

AStA der HafenCity Universität Hamburg | Berufsverband bildender Künstlerinnen und Künstler Hamburg e.V. | City-Hof e.V. | Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. | fux eG | Gängeviertel e.V. | LandesAstenKonferenz Hamburg | Netzwerk »Recht auf Stadt« Hamburg | Stadtteilinitiative Münzviertel

Kulturtipp: Der »Haven« wird zur Bühne



TheaterderWelt - im Hintergrund Spielort Kakaospeicher (©Peter_Brunns)

Der 8. Mai ist bekanntlich der international begangene Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Im Bezirk Eimsbüttel und dessen verschiedenen Stadtteilen ist aus diesem Anlass zum vierten Mal ein »Monat des Gedenkens« gestaltet worden: Auf rund 50 Veranstaltungen unter der Überschrift »Gedenken und Erinnern beginnt in unserer Nachbarschaft« wurde und wird der Opfer und des antifaschistischen Widerstandes während des NS-Regimes gedacht. Hier sei auf die noch ausstehenden Veranstaltungen verwiesen: z.B. ein Klezmerkonzert am 19. Mai (20.00 Uhr, Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustraße 12, 12 Euro) und ein Gesprächsabend mit Peggy Parnass und Michael Weber am 30. Mai (20.00 Uhr, Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 35, 13/7,50 Euro). Das beeindruckende Gesamtprogramm ist zu finden unter www.gedenken-eimsbuettel.de.

Vom 25. Mai bis zum 11. Juni erstreckt sich das Programm des »Theaters der Welt«. Dieses Theaterfestival ist ein Megaevent, sind in den betreffenden 18 Tagen doch insgesamt 330 Veranstaltungen vorgesehen, darunter 45 internationale und nationale Theaterproduktionen. Hauptspielort – das Festivalzentrum »Haven« – ist ein 9.000 Quadratmeter großer umgebauter Kakaospeicher im Baakenhöft. Ganz in der Nähe gibt es mit der MS Stubnitz und einem Thalia-Zelt weitere Bühnen im Hafengebiet, nebst einem guten Dutzend weiterer Spielorte in der ganzen Stadt. Es fällt schwer, aus dem gut

50-seitigen Programm (www.theaterderwelt.de) eine Auswahl zu treffen. »Das größte internationale Theaterfestival, das es in Hamburg je gegeben hat, präsentiert Künstler aus fünf Kontinenten – ein kräftiges Zeichen für die Offenheit gegenüber den Kulturen der Welt«, heißt es im offiziellen Werbematerial. Kultur aus China (Musiktheater am 25. Mai, 19.30 Uhr, 26./27. Mai, 21.00 Uhr, Kampnagel 6, 9-36 Euro) und HipHop aus Hamburg (9.-11. Juni, 19.00 Uhr, Baakenhöft, Thalia-Zelt, 9-24 Euro) ist den meisten vielleicht noch geläufig, aber Theater aus Belarus (7. Juni, 20.30 Uhr, 8./9. Juni, 19.00 Uhr, Kampnagel 2, 9-24 Euro) oder das Oud-Musik-Trio Joubran aus Palästina bzw. Frankreich (30. Mai, 21.00 Uhr, Kampnagel 6, 26-30 Euro) dürften für viele eine Neuentdeckung sein.

Besonders interessant klingt die Ankündigung des Teatro Nino Proletario aus Chile, das vom 2. bis 4. Juni im Thalia Gaußstraße (jeweils von 19.00 bis 20.15 Uhr, in spanischer Sprache mit deutschen Übertiteln, 22/10 Euro) auftritt. Gegeben wird das Schauspiel »Fulgor«, in dem das junge Theaterkollektiv umfangreiche Recherchen zu sozialen Bruchstellen in der Gesellschaft verarbeitet. Alles in allem »ein mythischer Abend über das Leben der Einwanderer und Illegalen, der Verfolgten und der Nachtaktiven in den Großstädten«, »ein Stück über Ausbeutung und Verletzlichkeit von Arbeitskräften, die nach Chile gekommen sind, um ihr Leben zu verbessern«.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.